Der Courier

Organ der deutsch sprechenden Canadier

Erscheint jeden Mittwoch.

Herausgegeben von der „Saskatchewan Courier Publ. Co., Ltd."

v. Habela O.M.I., Chefredakteur.

Joseph Oberhofer, Geschäftsführer.

Redaktion, Expedition und Druckerei: 1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask. In der Nähe der Marktplatz. Telephon 3391.

„Der Courier"

Die große Mittwoch-Ausgabe von 12 bis 24 Seiten kostet bei Vorausbezahlung $3.00 pro Jahr.

Neue Ratenkarte gibt volle Information.

Gelondete Raten für „Kleine Anzeigen", wie Auktionen, Farmverkäufe, Stellen- und Heiratsgesuche, Verlangt, Verloren, Gefunden, Entlaufen, Zugelaufen, Verpachten, usw., sowie kurzgefaßte Geschäftsadressen, gegen Vorausbezahlung
Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig . . 50 Cts.
Für jede zweite Insertion . . . . . 25 Cts.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig . . 75 Cts.
Für jede zweite Insertion . . . . . 50 Cts.
Für jede weitere Anzeige dieselben Beträge.

Berichte und Mitteilungen für die Schriftleitung sowie Anzeigen und Aenderungen stehender Anzeigen müssen spätestens Sonnabend Abend eintreffen, wenn dieselben noch Aufnahme in der folgenden Nummer finden sollen.

Korrespondenzen und Mitteilungen aus allen deutschen Kreisen und Ansiedlungen werden jederzeit gern aufgenommen.

Die Leser werden gebeten, Adressenänderungen sofort mitzuteilen und dabei die alte und die neue Adresse anzugeben; ebenso bittet die Expedition um sofortige Benachrichtigung, falls eine Zeitung einmal ausbleibt oder verspätet eintrifft.

Rußland und der Völkerbund

Von Walter Schücking, Mitglied des Reichstags.

Wer Lebenserfahrungen sammelt, kann oft konstatieren, daß es in der Welt zwar manche kluge und scharfsinnige Leute gibt, aber nur sehr wenige, die weitblickend sind. Diese allgemeine Erfahrung bestätigt auch die Politik. Und doch ist es ohne Zweifel gerade die Weite des Blickes, die erst den großen Staatsmann macht. Unter diesem Gesichtspunkt wird die Geschichte unzweifelhaft den Vätern des Versailler Friedens die höheren staatsmännischen Eigenschaften absprechen. Niemals ist so viel Scharfsinn und Klugheit auf ein Friedensdokument verwendet worden wie auf das von Versailles, niemals ist ein Friedensvertrag innerlich trotzdem brüchiger gewesen, weil seinen Schöpfern die nötige Blickweite gefehlt hat. Was unsere Delegation bei der Lektüre der Friedensbedingungen sofort herausgefunden hatte und was mit dem besonderen Gewicht einer so bedeutsamen Stimme aus dem gegnerischen Lager der englische Gelehrte Keynes später nachdrücklich der Welt dargelegt: die Unfähigkeit der Schöpfer des Friedensvertrages zu volkswirtschaftlichem Denken, ist ja nur der eine große Fehler des Versailler Werkes. Ein anderer, nicht minder großer, den sie sogar auf dem engeren politischen Gebiete begingen, ist die große Täuschung, in der sie sich befunden haben, in bezug auf die Entwicklung des russischen Problems. Der ganze Friedensvertrag ist auf dem Gedanken aufgebaut, daß es über kurz oder lang gelingen werde, auch Rußland in den Konzern der Ententemächte aufzunehmen, nachdem man dort den Bolschewismus mit Hilfe der von der Entente unterstützten Unternehmungen eines Koltschak, Denikin usw. niedergeworfen hätte. In dieser Voraussetzung hat man sich völlig geirrt und so hat der Friede von Versailles heute schon, ganz abgesehen von der Unerfüllbarkeit seiner wirtschaftlichen Bestimmungen ein ungeheures Loch bekommen.

Insbesondere versagt auch der Völkerbund gegenüber Rußland. Während Deutschland angeblich wegen seiner sittlichen Unwürdigkeit zwar zu dem Völkerbund aktiv nicht zugelassen ist, hat man es doch durch die Unterzeichnung des Friedens von Versailles zu einer Art passiven Mitgliedschaft genötigt. Denn die Völkerbundsakte bilden einen Bestandteil dieses Dokuments, den wir gegen uns gelten lassen müssen. Wenn also dort gesagt ist, daß auch Streitigkeiten zwischen Völkerbundsstaaten und solchen außerhalb des Völkerbundes nach dessen Normen zunächst einer friedlichen Erledigung zugeführt werden sollen, so ist für uns damit ein wesentliches Souveränitätsrecht, das unbeschränkte „jus belli ac pacis" verloren. Wir sind in solchen Dingen dem Völkerbund unterwiesen, ohne auf dessen Willensbildung irgendwelchen Einfluß zu haben. In einer viel günstigeren Lage ist Rußland. Für Rußland ist der Völkerbund eine Angelegenheit, die seine Regierung gar nichts angeht, denn niemals können andere Staaten, mögen sie noch so zahlreich und mächtig sein, durch Abmachungen untereinander, einen dritten souveränen Staat binden. Das hat Rußland jüngst bei den Verhandlungen über Polen mit aller Schärfe gegenüber England zum Ausdruck gebracht, und dabei in treffend sarkastischer Weise den ganzen Völkerbund als ein Syndikat einzelner, zu Zwecken einer imperialistischen Machtpolitik, beleuchtet. Diese Worte haben in London höchst peinlich gewirkt und die eigenartige Folge gehabt, daß unmittelbar darauf der englische Außenminister von der Notwendigkeit gesprochen hat, Deutschland baldmöglichst in den Völkerbund aufzunehmen. Man fühlt den Völkerbund durch die russische Kritik diskrediert und möchte seinen moralischen Kredit heben, indem man uns zuzieht. Wären die mächtigen Vier, die den Versailler Frieden schu-

(Fortsetzung auf Seite 12)

The Aim of the Foreign Language Newspaper of Canada:

To help preserve the ideals and sacred traditions of this, our adopted country, the Dominion of Canada: To revere its laws and inspire others to respect and obey them: To strive unceasingly to quicken the public's sense of civic duty: In all ways to aid in making this country greater and better.

Ein letztes Wort betreffs der Wählerlisten

Diese Nummer ist die letzte, in welcher wir ein Wort über die Registration sagen können. Im Laufe dieser Woche werden in den ländlichen Munizipalitäten und in den Ortschaften mit weniger als 1000 Einwohnern die Wählerlisten für das Alkohol-Referendum am 25. Oktober und **für die nächsten Dominialwahlen** hergestellt. Die Registrationsbeamten sind bei der Anfertigung der Listen an keine festen Regeln gebunden; wenn sie ehrlich sein wollen, können sie es ungehindert sein, und wenn sie schwindeln wollen, können sie es ebenfalls ungehindert tun, wenn die Wähler selbst kein Interesse an ihren Rechten haben.

Darum ist es unter den jetzigen Umständen mehr als sonst die Pflicht eines jeden Bürgers, keine Mühe und keine Unannehmlichkeit zu scheuen, damit sein Name und die Namen aller Stimmberechtigten, welche er kennt, auf die Liste kommen. Nicht nur die Namen der Männer, sondern auch der Frauen, seien sie verheiratet oder nicht; alles, was nur kann, soll auf die Liste kommen.

Am Montag den 11. Oktober werden die angefertigten Listen öffentlich angeschlagen, z. B. in den Post-Offices, Bahnstationen und anderen öffentlichen Plätzen.

Vom Dienstag den 12. bis Samstag den 16. Oktober wird der Registrationsbeamte selbst die Revision der Listen vornehmen; alsdann kann man irgendwelche Klagen vorbringen, weitere Namen noch auf die Liste setzen lassen usw.

Alle Männer und Frauen sollen ihre Namen registrieren lassen, wenn sie

a) 21 Jahre alt sind,

b) das Bürgerrecht haben durch Geburt oder durch Naturalisation,

c) in Canada seit dem 26. April 1919 und in dem betreffenden Wahldistrikt seit dem 26. Februar 1920 wohnhaft sind.

Was irgendwie wahlberechtigt ist, soll um so mehr alle seine Kraft aufbieten, weil die Dominialregierung, welche das Wahlgesetz gemacht hat und das Alkoholreferendum am 25. Oktober abhalten läßt, sich bereits eines zweiten niederträchtigen Tricks schuldig gemacht hat; so vernehmen wir wenigstens aus einem Wechselblatt.

Im Wahlgesetz ist bestimmt, daß die Frauen von naturalisierten Männern und deren Kinder, welche noch minderjährig waren zur Zeit, als der Vater das Bürgerrecht erwarb, nur dann wählen dürfen, wenn sie von einem Richter eine besondere Erlaubnis erhalten. Die Dominialregierung, welche dieses Gesetz erließ, sollte auch dafür sorgen, daß es gleich ausgeführt werden kann. Wie verlautet, ist hierfür nicht gesorgt worden, und zwar ist dieses eine absichtliche Nachlässigkeit; Vergeßlichkeit kann in solchen Dingen nicht vorgeschützt werden. Wie gemeldet wird, müssen Richter eigens ermächtigt oder gar ernannt werden, um die betr. Wahlerlaubnis auszustellen, und bis jetzt sollen noch keine diesbezüglichen Schritte geschehen sein.

Völlige Klarheit liegt in dieser Hinsicht noch nicht vor. Man ist deshalb wohl berechtigt, auch die Namen solcher Frauen und Kinder auf die Liste setzen zu lassen, und man sollte es unbedingt versuchen, damit man nötigenfalls sein Recht verfechten kann. Das Schlimmste, was passieren kann, ist, daß der Registrationsbeamte den Namen zurückweist; denn böswillige betrügerische Absichten seitens des Wählers liegen in diesem Falle nicht vor. Man sorge auch dafür, daß man Zeugen habe für alles, was geschieht.

Also, Wähler, auf zum Kampfe gegen die Reaktion, gegen die Heuchler und Profitpatrioten.

Auf die Alkoholfrage selbst kommen wir in den nächsten Nummern noch zurück.

Randglossen zur Zollfrage

II.

Ob wirklich soviele Personen in den canadischen Fabriken arbeiten, als das Statement der C.M.A. (N. B. Diese Abkürzung, deren wir uns in dieser Artikelserie noch öfter bedienen müssen, bedeutet „Canadian Manufacturers' Association") behauptet, können wir nicht gerade feststellen. Es tut aber auch nichts zur Sache, da unberechtigte Forderungen der C.M.A. auch durch die größte Zahl von Arbeitern nicht gerechtfertigt werden. Wenn die C.M.A. diese Arbeiter gegen den Farmer ausspielen will, wenn die C.M.A. mehr oder weniger droht, diese Arbeitermassen samt ihren Familien der Arbeitslosigkeit und dem Elend auszuliefern, falls die canadische Heimindustrie nicht „beschützt" wird, so kann man solche versteckte Drohungen nur als eine Kriegstracht bezeichnen, die den canadischen Industrieritttern so ähnlich sieht, wie ein Ei dem andern.

Mit verblüffender Genauigkeit stellen die Herren dann fest, daß zu Canada seit 1907 keine Zollrevision mehr stattgefunden hat; bei einer solchen Revision können einige Zölle erhöht, andere erniedrigt werden, oder es kann alles beim Alten bleiben. Stimmt auffällig. Wer denkt da nicht an die altbewährte Bauernregel: „Wenn der Hahn kräht auf dem Mist, so ändert sich das Wetter, oder es bleibt, wie es ist"?

Mit allem Anstand erklärt sich hierauf die C.M.A. für einen passenden Schutzzoll mit besonderer Berücksichtigung des britischen Weltreiches.

Was soll aber, nach der Auffassung der C.M.A., ein passender Schutzzoll leisten?

Erstens soll er nach Möglichkeit verhindern, daß aus dem Auslande solche Artikel eingeführt werden, die in Canada selbst hergestellt werden können.

Hierbei „vergessen" die Herren zwei sehr wichtige Bedingungen. Es genügt nicht, daß die betreffenden Artikel in beliebiger Weise hergestellt werden; sie sollen auch **in derselben Qualität und ebenso billig hergestellt** werden wie im Ausland. Nur dann ist die Herstellung der betreffenden Artikel in Canada gerechtfertigt, und dann ist kein Schutzzoll nötig.

Wie steht es aber mit der Qualität und dem Preise canadischer Industrieerzeugnisse? Wir wollen selbst kein Urteil darüber fällen, sondern unseren Lesern die Ansicht eines Mannes unterbreiten, dessen Loyalität über allen Zweifel erhaben ist. Im Winter 1919 fand in Windthorst eine Versammlung von Getreidebauern statt, vorwiegend wenn nicht ausschließlich englischer Abkunft; der Hauptredner war ein gewisser Herr Partridge aus Sintaluta, ein hochangesehenes Mitglied der Sask. G. G.A. Unter anderem kam der Redner auf jene Produkte der canadischen Industrie zu sprechen, welche der Farmer braucht, und welche er aus persönlicher Erfahrung kannte. Der Mann schimpfte was das Zeug hielt, und ließ keinen guten Faden an der canadischen Industrie; es fehlte nur, daß er von jenen glücklichen Zeiten sprach, wo man wenigstens einiges kaufen konnte, das „made in Germany" war; aber schandenhalber durfte man das damals noch nicht öffentlich tun. Aber selbst manch waschechter Engländer hat im Stillen jene glückliche Zeit zurückersehnt.

Zweitens soll der Schutzzoll den Import solcher Rohmaterialien begünstigen, die in Canada selbst nicht zu haben sind.

Wozu noch ausländisches Rohmaterial importieren, wenn wir nicht einmal das einheimische so gut und billig verarbeiten können, als andere Länder fertig bringen?

Drittens soll der Schutzzoll den Export canadischer Fertigprodukte heben.

Das ist schon höherer Blödsinn. Unsere Industrieritter sind nicht einmal imstande, für den Verbrauch im eigenen Lande mit der ausländischen Industrie gleichen Schritt zu halten, und da wollen sie noch exportieren; das liebe Publikum soll noch gehörig in die Tasche greifen, nur damit diese Herren den Ruhm und das Vergnügen haben, zu exportieren.

Sollen wir z. B. dem Hochdruckpatrioten Ames von Montreal unter die Arme greifen, der sich nicht schämte, für die canadische Armee Schuhe mit Papiersohlen zu liefern und sich dafür noch doppelt und dreifach bezahlen zu lassen? Sollen wir einem solchen Herrn helfen, seine „Qualitätsware" auch im Ausland abzusetzen?

Einige Ziffern über die jetzigen Zölle.

Die C.M.A. sieht uns auch zu Diensten mit einigen Angaben über die Höhe der jetzigen Zolleinnahmen. Die Richtigkeit dieser Angaben können wir augenblicklich nicht nachprüfen; aber ohne uns durch sündhaften Argwohn zu verfehlen, können wir wohl annehmen, daß die Herren Fabrikanten die Zahlen nicht zu ihren Ungunsten verdreht haben. Mit diesem Vorbehalt können wir uns immerhin ein Urteil bilden.

Innerhalb der zwölf Monate vom 31. März 1919 bis 31. März 1920 wurden folgende Werte an Waren eingeführt:

Zollfrei für $370,872,966.00

Verzollbar für $693,643,211.00

Also auf ungefähr zwei Drittel der Einfuhr mußte Zoll entrichtet werden, der zuguterletzt aus den Taschen des lieben Publikums kommen muß, und dieser Zoll betrug $187,520,613.00; in dieser Summe ist einbegriffen ein Kriegszoll von $31,369,296.00.

In Prozenten ausgedrückt betrug der Zoll durchschnittlich 27.03 Prozent, wenn man nur die zollpflichtige Einfuhr in Berechnung zieht, und 17.61 Prozent, wenn man die Gesamteinfuhr berücksichtigt. Nach Abzug des Kriegszolles wären es 22.5, respektive 14.66 Prozent.

Wir überlassen es unseren Lesern zu beurteilen, ob diese Zölle als gemäßigt anzusehen sind.

Der Kriegszoll ist am 18. Mai 1920 abgeschafft worden, soll aber dem geheimen Wunsche der C.M.A. gemäß wohl durch eine andere Abgabe ersetzt werden.

Proletarier der Zukunft

Wohin die jetzigen sozialen Zustände in Deutschland führen würden.

Der Berliner Pfarrer, Dr. J. Schneider, ventiliert im Berliner „Tag" die gegenwärtigen sozialen Zustände in Deutschland und er prophezeit ein Zurücksinken in völlige Unkultur bei einer Verlängerung der augenblicklichen Lage. Wir geben hiermit seine Ansichten, die in mancher Hinsicht des Interesses nicht entbehren, unverkürzt wieder.

„Lächelnd, mit spottender Ironie, ja wohl gar mit behaglichem Humor hört und liest man, redet man davon, daß ein Müllkutscher in Berlin sich zurzeit pekuniär besser steht als ein Obergeregierungsrat, daß Friseurlehrlinge und Tippfräuleins zeitweilige Gehälter beziehen, die manchem treugedienten mittleren Beamten, der jahrzehntelang sich ehrlich durchgedarbt hat, wie ein unerreichbares Ideal vorschweben. Die Assistenzärzte an den städtischen und staatlichen Krankenanstalten in Wien hatten vor einem halben Jahr den die Linie der Bescheidenheit gewiß nicht überschreitenden Wunsch geäußert, ebenso bezahlt zu werden, wie die Scheuerfrauen der betreffenden Institute. Es wurde abgelehnt mit der ausdrücklichen Motivierung, die nutzbringende Tätigkeit der genannten Frauen sei doch eine wirklich reelle Arbeit, was man von ihrer Tätigkeit nicht ebenso sagen könne. In Berlin erstreben die Assistenzärzte seit langem ebenfalls vergeblich eine angemessene Besoldung. Augenblicklich gilt nur die körperliche Arbeit, alle Geistesarbeit, alle wissenschaftliche Tätigkeit steht gering im Kurse, es sei denn, daß sie im Parteiinteresse der augenblicklichen Machthaber geschehe. Dann aber auch nur dann, wird sie gut gelohnt.

Vor 12 Jahren las ich in dem Werk eines bekannten Nationalökonomen eine interessante statistische Aufstellung. Es wurde berechnet und in Vergleich gestellt, wieviel ein Oberregierungsrat und wieviel ein Werkmeister einer Fabrik, beide bis zur Ruhesetzung im 63. Lebensjahr, durch ihre Tätigkeit verdient hatten. Das Resultat ist überraschend. Beide hatten im Leben ungefähr gleiche Bezüge gehabt. Ein geringer Unterschied fiel zugunsten — des Werkmeisters. Der allgemeinen Meinung widerspricht das zwar durchaus. Ein genaues Durchdenken der Sachlage läßt dies Ergebnis keineswegs als so sehr überraschend erscheinen. Hier die Aufrechnung: Beide Personen gehören den besten Vertretern ihres Standes an. Der spätere Werkmeister ist als ein Fünfzehnjähriger in das Erwerbsleben eingetreten. Er hat sich bis zum Beginn der zwanziger Jahre in eine bevorzugte Stellung emporgearbeitet und bezog von da an als gehobener Arbeiter auch erhöhte Bezüge. Die sieben Jahre bis zum gleichen Alter brachte der spätere Oberregierungsrat noch auf der Schulbank und Universität zu. Er verdiente nicht nur nichts, sondern kostete viel. Dann aber war er noch sehr weit entfernt davon, irgend etwas zu verdienen. Im Gegenteil, er mußte nun erst ein Kapital aufwenden, um in feste Staatsstellung zu gelangen. Im 33. Lebensjahr erst war das möglich. Da sah er zum erstenmal Gehalt. Zu derselben Zeit hatte der Werkmeister aber schon 19 Jahre verdient, durch seine Intelligenz nicht nur eine gesicherte Stellung erlangt und eine Familie begründet, sondern auch ein kleines Kapital zur Seßhaftmachung erspart. Das erste Gehalt des Juristen übertraf keineswegs das des Werkmeisters. Erst später erhöhten sich seine Bezüge. In der Endsumme überstiegen sie zwar in den 30 Jahren seiner amtlichen Tätigkeit den Gesamtverdienst des Werkmeisters; rechnet man aber die zum Studium und Vorbereitungsdienst aufgewendeten Kosten — ohne alle Zinsberechnung — ab, so sanken sie in der Gesamtsumme ein wenig hinter das Einkommen des anderen, der 49 Jahre lang verdient hatte, zurück. Dazu hatte der Jurist noch ein großes Risiko getragen. Wäre er auf der Höhe des Lebens gestorben, so würde sein aufgewendetes Studienkapital verloren gewesen sein. Der andere lief solche Gefahr nicht. Ein positiver Verlust stand für ihn nicht auf dem Spiel.

Ist es nun eigentlich ein solch himmelschreiendes Unrecht gewesen, wie es der demokratische Geist der Zeit laut ausschreit, daß bewährte geistige Arbeit höher gewertet und in der Jahresbesoldung des Augenblicks besser bezahlt werde, als die mehr körperliche Tätigkeit? Gewiß, es darf zugegeben werden, daß wir früher an einer gewissen Unterschätzung der ehrbaren körperlichen Arbeit gelitten haben. Wir wußten zu wenig von ihrer Mühsal. Jetzt sind wir längst in das andere Extrem gefallen. Je „ungelernter" eine Arbeit ist, je weniger sie mit Anwendung intelligenter Kräfte zu tun hat, desto mehr ist sie „Arbeit" im Sinn des sozialistischen Zeitgeistes der Gegenwart; desto mehr wird sie anerkannt und gelohnt.

Man denke sich einmal die jetzt herrschende Auffassung und den augenblicklichen sozialen Zustand verhärtet auf ein halbes Jahrhundert. Was wird die Folge sein? Ein Zurücksinken in völlige Unkultur. Wer soll eigentlich noch studieren, wenn die Gehälter der akademisch gebildeten Beamten gegenüber denen der freien Berufe, und vollends gemessen an den Verdiensten der Arbeiterschaft, so bleiben wie bisher wenn die frühere Differenz, die durchaus der Gerechtigkeit entsprach, als eine soziale Ungerechtigkeit empfunden wird? Nun liest man, daß selbstverständlich die Beamtengehälter einer generellen Aufbesserung bedürfen. Der Reichsfinanzminister macht die schönsten Versprechungen nach dieser Linie hin. Abgesehen von der Frage, woher das bis an den Hals verschuldete Deutsche Reich die Mittel hernehmen soll — die Wirkung wird gleich Null sein, solange die Beziehung zwischen der Entlohnung geistiger und körperlicher Tätigkeit dieselbe bleibt wie jetzt. Nur ein Abbau der Löhne kann da helfen.

Die jammervollen Aussichten aller akademischen (auch der technisch-akademischen) Berufe liegen offen zutage. Wir hatten vor dem Kriege im Sommersemester 1913 fast 60,000 Studierende auf den deutschen Universitäten. Jetzt sind es schon über 105,000. Die Stauung während der Kriegszeit spricht ja freilich mit. Der großen Mehrzahl dieser jungen Leute wartet die schwerste Enttäuschung. Nichts in der Gegenwart rechtfertigt die hohe Frequenz der Universitäten. Es ist ein veralteter Aberglaube, daß bezüglich der Frequenz des akademischen Studiums Angebot und Nachfrage von selbst und rechtzeitig sich ausgleichen. Der Ausgleich erfolgt immer um mindestens ein Jahrzehnt zu spät, nämlich dann erst, wenn die Ueberproduktion, oder auch der unternormale Bestand im wirtschaftlichen Leben ihre Wirkung gezeigt haben. Wir werden im kommenden Jahrzehnt ein akademisches Proletariat haben in einem Umfang, wie niemals zuvor. Das wird die schwersten sozialen Notstände herbeiführen und auch auf die Politik abfärben. Aus dem enttäuschten und verbitterten akademischen Ueberschuß steigen die Berufspolitiker auf, die skrupellosen, der Fluch aller Parlamente der Welt.

Unsere dermalige Regierung ist völlig außerstande, auch wenn sie es ernstlich wollte, diesen Zustand der Dinge zu ändern. Die Bevorzugung des Arbeiters, bei den Unabhängigen bis zum Verlangen der „Herrschaft des Proletariats" gesteigert, in sozialer, politischer und finanzieller Beziehung, ist ja doch die Grundlage ihrer Existenz. Daß das staatliche Gefüge darunter aus dem Leim geht, daß die Kultur und Bildung zur Unkultur und zum Dilettantismus werden, kann und darf sie nicht kümmern. Es kommt ihr nur auf die Erhaltung ihrer Existenz an. In der Tat müssen die sozialdemokratischen Grundsätze, sobald sie in die Praxis übergeführt werden, jede politische Gemeinschaft jeden Staat rettungslos ruinieren und demoralisieren, denn sie sind weder sozial noch auch demokratisch.

Sozial ist der Zustand des Ausgleichs der verschiedenen Stände und ihrer Interessen nach dem Maßstab der Gerechtigkeit und des allgemeinen Staatswohls, aber nicht die Bevorzugung eines einzelnen, bisher vielleicht zu gering geachteten Standes auf Unkosten der anderen. Demokratisch ist es, die Interessen des Volkes in erster Linie zu stellen und in gleichmäßiger Harmonie, wo sie etwa kollidieren, zum Ausgleich zu bringen, aber nicht die Majorität der Masse zu überfüllen, weil sie eben Majorität ist und im Augenblick die Macht hat. Wo in früheren Jahren vor dem Kriege sozialdemokratische Mehrheiten in einzelnen Städten (Offenbach, Mülhausen u. a.) das Regiment an sich gebracht haben, da haben sie die Finanzen der von ihnen beherrschten Städte sehr bald rettungslos heruntergewirtschaftet. Nur dadurch konnten diese Kommunen pekuniär noch gerettet werden, daß die Gefahr vor der drohenden Katastrophe eben noch rechtzeitig erkannt wurde, und das Bürgertum, vorher zersplittert und gespalten, zum einheitlichen Widerstand sich aufraffte.

Man regiert ein großes Reich nicht mit der kurzsichtigen Einsicht des Kleinbürgers, nicht mit schülerhaften Ermahnungen, und noch viel weniger mit femininer Nachgiebigkeit und vollendeter Entschlußlosigkeit. Die Korruption war in Deutschland seit dem Dreißigjährigen Kriege nicht so groß wie jetzt. Man kann ja kein Zeitungsblatt in die Hand nehmen, ohne die ausbrechenden Symptome zu sehen. Das Geschwür frißt immer weiter; es hat den früher so untadeligen Beamtenstand, Deutschlands Stolz, bis in seine mittlere, ja obere Schichten stellenweise schon angefressen. Wir sind schon in russischen Zuständen, über die früher der Neuling im weiten russischen Reich sich weidlich entsetzte. Wir haben sie bei uns. Vor dem Kriege zahlte die preußisch-hessische Eisenbahnverwaltung jährlich etwa eine Million als Ersatz für in Verlust geratene Güter. Das Jahr nach der Revolution hat diese Summe auf — 160 Millionen gesteigert. Es gibt augenblicklich keine Volksethik, es gibt nur Klassen- und Einzel-Interessen. Dafür ist nicht der Krieg, sondern das System des sog. „Sozialismus", der in Wirklichkeit keiner ist, verantwortlich zu machen. Der Verlust der deutschen Ehrenhaftigkeit, Verläßlichkeit und Treue ist genau so verderblich und verhängnisvoll wie der Verlust der deutschen Ehre und Macht.

Nur von innen heraus, durch ethische Mächte, kann der Wiederaufbau geschehen. Der Minister für Volksbildung erkannte in Maria Laach an, daß die Religion eine solide Grundlage der öffentlichen Moral, das beste Fundament der Sozialethik sei. Wenn er aber die Hoffnung aussprach, der Atheismus werde später einmal imstande sein, eine Ethik zu erzeugen, die der religiösen gleichwertig sei, oder sie wohl gar übertreffe, so ist das eine waschechte Phantasie, völlig stilgerecht hineingestellt in die illusorische wirklichkeitsfremde Gedankenwelt der Zeitgroßen. Zeit genug hätte der Atheismus in den vergangenen Jahrhunderten gehabt, derartiges zu produzieren. Er ist immer unfruchtbar gewesen. Wird er es jetzt auf einmal fertig bringen, den Phantasien der Zeit zu Liebe? Wer hat den Mut, darauf zu wetten? Es ist hohe Zeit, zu den Grundlagenden des deutschen Volkscharakters zurückzukehren: Gottesfurcht, Pflichttreue, Fleiß. Unsere Regierung kann dazu nicht helfen, und wenn sie es hundertmal wollte, die Grundlagen ihrer Existenz lassen es nicht zu. So lange sie maßgebend ist, wird es nicht anders.

Die hohen

Unkosten des Winters

Haben Sie sich schon jemals überlegt, wie teuer das Leben in einem kalten Klima ist?

Bedenken Sie einmal, welch eine große Summe Geldes Sie für den Bau Ihres Hauses, der Ställe usw. ausgeben müssen. Gute Gebäude kosten jetzt $5,000 bis $10,000, denn sie müssen warm sein, um Ihre Familie gesund zu erhalten. Gute Ställe müssen auch warm sein um Ihr Vieh in gutem Zustande zu erhalten.

Dann überlegen Sie sich auch wieviel Holz und Kohlen Sie in einem Jahr gebrauchen um sich warm zu erhalten! Es kostet Ihnen eine große Summe Geldes.

Fügen Sie zu dieser Summe noch die Unkosten für schwere Mäntel, Pelze, Unterkleider, Handschuhe usw. hinzu. Diese müssen Sie bei dieser Kälte haben.

Dann stellen Sie auch noch zu dieser Rechnung die Unkosten für Krankheiten, wie Rheumatismus, Lungenentzündung, Influenza, Erkältungen usw. die Sie sich durch das kalte Wetter zugezogen haben. Dann kommt der letzte und wichtigste Punkt. Ueberlegen Sie sich einmal ob Sie etwas pflanzen können. Ihr ganzes Kapital steckt in Gebäuden, Ländereien und Farmmaschinerie, die Ihnen den ganzen Winter über nichts einbringen. Jetzt vergleichen Sie dieses Klima einmal mit einem wärmeren Klima.

Für Gebäude brauchen Sie sehr wenig Geld.

Für Heizung fast gar nichts.

Kleidung kostet ebenfalls nur wenig.

Gesund sind Sie immer, weil Sie nicht der Kälte ausgesetzt sind.

Sie können hier während des ganzen Jahres ernten

und dem Boden zu jeder Jahreszeit einen Gewinn abringen. Sie können das Leben besser genießen, wenn die Bäume **immer grün sind, die Blumen immer blühen, die Vögel immer singen.** Fischen, jagen und baden können Sie hier auch immer.

Kommen Sie und sehen Sie dieses Paradies. Sie können mit uns zu billigen Raten auf unseren speziellen Exkursionszügen reisen.

Schreiben Sie uns noch heute um nähere Auskunft.

Fillion & Clark

"F" Albert Court

Regina -:- -:- -:- Sask.